

Strukturwandel der Arbeitswelt:  
Entwicklungschancen  
für Mensch und Gesellschaft?

Drittes Gespräch 10.-12. Oktober 1997

Entwicklungschancen für Gesellschaft und Arbeit:  
Perspektiven und Wege zur  
Transformation der industriellen Arbeitsgesellschaft

Dokumentation



**Die Themen des zweiten Zyklus der  
KEMPENHAUSENER GESPRÄCHE  
im Überblick**

1. Gespräch 11. – 13.10.1996 Globalisierung der Wirtschaft und gesellschaftlicher Strukturwandel: Chancen und Risiken für Deutschland und Europa
- Einstieg: Bestandsaufnahme und Prognosen zum Strukturwandel. Gibt es Gestaltungsperspektiven jenseits der Kontroverse Wettbewerbsfähigkeit versus Sozialstaatserhalt?
2. Gespräch 7. – 9.3.1997 Geschichte der industriellen Arbeitsgesellschaft: Strukturwandel bis heute und Potentiale für die Zukunft
- Vertiefung: Historische Entwicklung von Arbeitsformen und Systemen sozialer Sicherung, von Zeitstrukturen und Menschenbildern. Gibt es geschichtlich gewachsene Entwicklungspotentiale für Umorientierung und Neustrukturierung?
3. Gespräch 10. – 12.10.1997 Entwicklungschancen für Gesellschaft und Arbeit: Perspektiven und Wege zur Transformation der industriellen Arbeitsgesellschaft
- Visionen (1): Zukunftsszenarien zur Entwicklung neuer Technologien und Arbeitsformen, zu Bildung und Tätigkeit, zu Subsidiarität und sozialer Sicherung, Arbeitszeit und Lebenszeit, zur Beziehung der Geschlechter u.a.  
Neue Möglichkeiten sozialer Integration durch Vielfalt, Vernetzung und Selbstorganisation von Lebens- und Arbeitsformen?
4. Gespräch 6. – 8.3.1998 Entwicklungschancen für Mensch und Arbeit: Zum Bedeutungswandel von Bildung, Qualifikation und Arbeit in der Biographie
- Visionen (2): Zukunftsszenarien zur Entwicklung neuer kognitiver, kommunikativer und moralischer Kompetenzen, zu Autonomie und Bildungsfähigkeit, zu veränderten Mentalitäten und Lebensentwürfen. Neue Möglichkeiten der Identitätsfindung durch Selbstentfaltung, sinnhafte Tätigkeit und soziale Mitgestaltung?
5. Gespräch 16. – 18.10.1998 Zusammenfassung der Erkenntnisse: Perspektiven zum Wandel von Arbeit, Mensch und Gesellschaft
- Initiativen, Steuerungsmöglichkeiten, Projekte: Was können Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Unternehmen und Bürger zum Wandel beitragen?

**Beiträge zum Thema des 3. Gesprächs***Reinhard Loske***Arbeit in einer nachhaltigen Wirtschaft**

Mein Beitrag befaßt sich mit der Frage, wie Arbeit in einer nachhaltigen oder zukunftsfähigen Gesellschaft aussehen könnte. Um dies zu tun, ist zunächst eine kurze Klärung des Nachhaltigkeitsbegriffs erforderlich. Im wesentlichen lassen sich heute drei Definitionen von Nachhaltigkeit unterscheiden. Die erste geht auf den Brundtland-Bericht von 1987 "Unsere gemeinsame Zukunft" zurück. Dort wird nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development) als eine Entwicklung beschrieben, "die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können". In dieser Definition dominiert der Aspekt der intergenerativen Gerechtigkeit. Diese Definition ist natürlich sehr unkonkret, weshalb sie sich politisch auch nur schwer operationalisieren läßt. Das hat dazu geführt, daß sich beinahe jeder – von der Weltbank bis zu Greenpeace – auf diese Interpretation beruft, die verschiedenen Akteure aber etwas völlig Unterschiedliches darunter verstehen.

**Regeln für ökologische Nachhaltigkeit**

Wesentlich konkreter ist da schon die zweite Definition von Nachhaltigkeit, die ich hier als "ökologische Nachhaltigkeit" bezeichnen möchte. Hier wird versucht, konkrete Nachhaltigkeitsregeln zu entwickeln. Etwas verallgemeinert lassen sich diese etwa wie folgt beschreiben:

Regel 1: Der Natur sollen nicht mehr Abgase, Abwässer und Abfälle zugemutet werden als sie verkraften und verarbeiten kann.

Regel 2: Der Natur sollen innerhalb eines bestimmten Zeitraums nicht mehr nachwachsende Rohstoffe entnommen werden als von ihr auch tatsächlich neu gebildet werden können.

Regel 3: Nichterneuerbare Ressourcen sollen möglichst sparsam genutzt werden und zur Schaffung langfristiger Werte dienen.

Regel 4: Die Geschwindigkeit der Umweltveränderungen soll eine Anpassung der meisten Ökosysteme ermöglichen.

Regel 5: Es soll auch Raum für die nichtmenschliche Kreatur bleiben.

Regel 6: Es soll gerecht in der Welt zugehen, mit anderen Worten: Jeder soll das gleiche Recht haben, die globalen Umweltgüter, etwa die Atmosphäre oder die Weltmeere, im Rahmen ihrer Tragekapazität nutzen zu dürfen.

Die dritte Definition von Nachhaltigkeit bezieht sich auf den Dreiklang von Ökologie, Ökonomie und Sozialem. Der Grundgedanke liegt hier in der Integration der verschiedenen Teilaspekte. Allerdings existieren auch diesbezüglich verschiedene Denkschulen. Während den einen die Ökologie der Rahmen ist, innerhalb dessen sich soziale und ökonomische Prozesse vollziehen können, sehen andere eher eine gleichgewichtige Bedeutung aller drei Faktoren und plädieren dafür, diese gegeneinander abzuwägen. Im Ergebnis führt dies aber freilich oft dazu, daß Umweltaspekte unter die Räder geraten, da sie, anders als Wirtschaftsinteressen und soziale Interessen, keine starke Vertretung haben.

Alle drei Konzepte, das intergenerative, das ökologische und das integrative, finden sich mittlerweile in völkerrechtlichen Vereinbarungen. Als bestes Beispiel hierfür kann die Klimarahmenkonvention herangezogen werden, die seit 1994 in Kraft ist. Dort wird davon gesprochen, daß die klimaverändernden Emissionen auf ein Niveau zurückgeführt werden, das gefährliche Eingriffe in das Klimasystem verhindert. Es wird betont, daß es Energie effizienter zu nutzen und klimaschonende Technologien zu fördern gilt. Auch der Stellenwert der erneuerbaren Energieträger und der Wälder, die die Fähigkeit zur Einbindung von Kohlendioxid besitzen, wird betont. Der Gedanke der Nord-Süd-Gerechtigkeit findet sich hier ebenfalls. So betont die Konvention die historische Verantwortung der Industrieländer, die in den letzten 150 Jahren mehr als 80 Prozent der klimaverändernden Emissionen in die Atmosphäre entlassen haben, und betont, daß diese mit Klimaschutz zu beginnen haben. Auch wird darauf verwiesen, daß die Industrieländer aufgrund dieser Verantwortung den Entwicklungsländern dabei helfen müssen, ihre Ökonomien klimaverträglich und nachhaltig zu entwickeln.

Es kann also mit Recht festgestellt werden, daß das Nachhaltigkeitskonzept allmählich Eingang in das Völkerrecht findet und nicht ein Steckenpferd idealistischer Ökologen ist. Unabhängig von der Frage, welches Nachhaltigkeitskonzept man für richtig betrachtet, so läßt sich doch sagen, daß der energetische und stoffliche Grundumsatz der Industriegesellschaften deutlich zu hoch ist, um zukunftsfähig zu sein. Mit anderen Worten: Es ist eine deutliche Absenkung des Umwelt- und Ressourcenverbrauchs erforderlich. Ich sehe zehn Leitbilder, an denen sich die Industriestaaten im Prozeß ihrer Transformation in Richtung Nachhaltigkeit orientieren können:

1. **Effizienzrevolution**
2. **Kreislaufwirtschaft**
3. **Solarzivilisation**
4. **Schlanke Infrastrukturen**
5. **Prosumenten-Netzwerke**
6. **Kostenwahrheit**
7. **Rekultivierung der Landwirtschaft**
8. **Genügsamkeit und Genußfähigkeit**
9. **Integration von Arbeit und Tätigkeit**
10. **Nord-Süd-Ausgleich**

Nun soll gefragt werden, was diese Orientierungen für die Arbeit in einer zukunftsfähigen Gesellschaft bedeuten.

## 1. Effizienzrevolution

Die Erhöhung der Ressourcen- und Energieproduktivität bietet enorme Beschäftigungspotentiale. Die Wärmedämmung von Häusern, der Einsatz effizienterer Maschinen, Geräte und Fahrzeuge, die Entwicklung sparsamerer Verfahren, all das schafft Arbeit. Es liegt mittlerweile eine Fülle von Studien vor, die die Beschäftigungseffekte von Energie- und Ressourceneffizienz-Strategien abschätzen, etwa vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung oder zuletzt von der Universität Osnabrück. Die meisten dieser Studien kommen zu dem Ergebnis, daß beispielsweise eine offensive Klimaschutzstrategie in Deutschland 0,5 bis 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze in den nächsten 10 Jahren schaffen könnte. Profitieren würden von einer solchen Strategie der Bau-sektor, der Anlagenbau, die Hochtechnologie-Branchen ganz allgemein und vor allem auch der Dienstleistungssektor. Verlieren würden hingegen energieintensive Industrien und die Anbieter fossiler Energien. Dieser Strukturwandel muß organisiert werden. Vermeidbar ist er nicht.

## 2. Kreislaufwirtschaft

In einer Kreislaufwirtschaft wird sich die Wertschöpfungskette verlängern, und der Anteil der produktnahen Dienstleistungen an der Wertschöpfung wird steigen. Heute lautet die Wertschöpfungskette im wesentlichen Produktion, Handel, Verkauf. Dann endet die Produktverantwortung der Unternehmen am Werkstor oder an der Ladenkasse. Am Anfang dieser Wertschöpfungskette stehen große Erzgruben und Kohlezechen, am Ende hohe Abfallberge. Anders in der Kreislaufwirtschaft. Hier lautet die Wertschöpfungskette: Produktion, Handel, Verkauf, Betreuung und Begleitung von Produkten, Wartung, Reparatur, Nachrüstung, Umrüstung, Demontage, Rücknahme, Wiederverwendung, Wiederverwertung und Einführung in den Kreislauf. Der Anteil der reinen Produktion in der Wertschöpfungskette sinkt, während der Anteil der produktions- und produktnahen Dienstleistungen wächst. Arbeitsplätze werden im Dienstleistungsbereich geschaffen. Viele von ihnen werden hochproduktiv sein, andere werden, so ist zu befürchten, eher im Bereich der Billigjobs liegen. Die Anforderungen an die Arbeit verändern sich aber auch bezüglich der Designkriterien. Natürlich werden Funktionalität und Ästhetik nach wie vor die entscheidenden Kriterien bleiben. Die Dinge müssen also funktionieren, und sie müssen gut aussehen. Hinzu werden aber Kriterien wie Langlebigkeit, Wartungs- und Reparaturfähigkeit, Um- und Nachrüstbarkeit, Komponentenbauweise und anderes kommen. Auch hier also wird qualitative Arbeit zunehmend an die Stelle von reiner Massenproduktion treten. Auch für die räumliche Organisation der Arbeit bedeutet der Übergang von der Wegwerf- zur Kreislaufwirtschaft etwas. Denn viele der produktnahen Dienstleistungen, von denen ich gesprochen habe, werden dezentral angeboten. Sie erfordern von den Anbietern Ortskenntnis, Kundennähe und vor allem Flexibilität. Durch diese Dienstleistungen kann also ein gewisser Gegentrend zur allgegenwärtigen Globalisierung gesetzt werden.

Auch die Verträge, die wir miteinander schließen, werden sich in der Kreislaufwirtschaft ändern. Es werden nicht mehr nur Kaufverträge sein, so wie es heute noch überwiegend der Fall ist, sondern zunehmend auch Leasingverträge, Leihverträge und Mietverträge. Auch das ändert den Charakter des Dienstleistungssektors.

### 3. Solarzivilisation

Prinzipiell sind nur zwei Auswege aus dem fossilen Energiezeitalter denkbar: der nukleare und der solare. Viel spricht dafür, den letzten Pfad zu wählen, denn die Sonne schickt uns keine Rechnung. Wenn ich von Solarenergie spreche, dann meine ich Kollektoren, Photovoltaik-Anlagen, Solararchitektur, Solarmobile, Windenergie, kleine Wasserkraft, Biogas, Biomasse und anderes. Es ist davon auszugehen, daß die Solartechnologie eine der Schlüsseltechnologien des nächsten Jahrhunderts sein wird. Soll es gelingen, ihren Anteil an der gesamten Energieversorgung nennenswert zu erhöhen, so muß im gesamten Energiesystem effizienter mit Energie umgegangen werden. Was wir also brauchen, ist eine Zangenstrategie aus Effizienz (siehe den vorletzten Punkt) und Solarenergie. Es wird einstweilen nicht anders gehen, als die Solarenergie öffentlich zu fördern. Nur so wird es gelingen, nennenswerte Kostendegressionen zu erreichen. Wenn man sich die Bedarfssituation in den Entwicklungsländern anschaut, kann man schon heute feststellen, daß diese Technologien über kurz oder lang weltmarktfähig sein werden. Wer hier die Nase vorn hat, wird auch auf den Weltmärkten der Zukunft die Nase vorn haben und die entsprechende Beschäftigung im Inland sicherstellen können. Im Bereich der Windenergie beispielsweise existieren in Deutschland bereits heute 10.000 Arbeitsplätze. Wichtig für den Bedeutungszuwachs der erneuerbaren Energien ist die Formulierung von klaren Zielperspektiven, so wie es einige Bundesländer (etwa Schleswig-Holstein) bereits getan haben.

### 4. Schlanke Infrastrukturen

Wenn wir heute über Infrastrukturen reden, dann denken wir an Autobahnen, Flughäfen, Kanäle, Eisenbahnnetze, Müllverbrennungsanlagen, Deponien, Kraftwerke, Talsperren, Stromleitungen und anderes. Diese Art von Infrastruktur stößt aber an Grenzen: an ökologische Grenzen, an Akzeptanzgrenzen und an Finanzierungsgrenzen. Eine nachhaltige Infrastrukturpolitik nimmt einen Wandel von der Angebotsexpansion zum intelligenten Nachfragemanagement vor. Plakativ ausgedrückt: Energieeinsparung statt Kraftwerksbau, intelligente Logistik und abfallarme Verpackungsverfahren statt neuer Müllverbrennungsanlagen und Deponien, verkehrsvermeidende Siedlungsstrukturen, Förderung von nichtmotorisiertem Verkehr und öffentlichem Personennahverkehr, Substitution von physischem Verkehr durch elektronischem Verkehr statt des Baus immer neuer Verkehrswege; Wassereinsparung und geschlossene Kreislauf-führung von Wasser statt des Anzapfens immer neuer Grundwasserreservoirs; verdichtetes Bauen, Umwidmungen im Gebäudebestand, Flächenrecycling, community-orientierte Wohnmodelle statt des ständigen Ausweisens von neuen Gewerbe- und Siedlungsflächen. Diese Art von Wandel in der Infrastrukturpolitik, weg von den massenorientierten Großsystemen hin zu intelligentem Nachfragemanagement, hat auch große Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur und die Arbeit. Wer vom reinen Absatzdenken weggeht hin zur Dienstleistungsorientierung, der muß sein Unternehmen umstellen. Im Bereich der Energieversorgung ist dies besonders offenkundig, anders als die Energieversorgungsunternehmen, die so viel Strom, Gas oder Fernwärme wie eben möglich verkaufen wollen, hilft das Energiedienstleistungsunternehmen seinen Kunden dabei, Energie zu sparen. Es bietet ein umfassendes Paket an Dienstleistungen an, von technischen Beratungsleistungen über die Finanzie-

rung und Durchführung von Energiesparmaßnahmen bis hin zur Wartung von Geräten, Maschinen usw. Das Energiedienstleistungsunternehmen verdient sein Geld also nicht mit dem Verkauf von Energie, sondern mit dem Verkauf von energieeffizienten Dienstleistungen. Der gleiche Gedanke läßt sich auch auf den Verkehrssektor übertragen. So müssen sich Autokonzerne zunehmend zu Mobilitätsdienstleistern entwickeln.

## 5. Prosumenten-Netzwerke

In einer nachhaltigen Wirtschaft wird die klare Trennung von Produzenten und Konsumenten tendenziell überwunden werden. Am Beispiel der Energieversorgung in den Städten läßt sich dies am deutlichsten zeigen. Wer etwa eine Photovoltaikanlage auf seinem Dach installiert und den dort erzeugten Strom teilweise selbst nutzt, teilweise aber auch ins öffentliche Netz einspeist, wird so zum Prosumenten. Gleiches läßt sich für die Betreiber von dezentralen Blockheizkraftwerken sagen: Die von ihnen erzeugte Energie (Elektrizität und Wärme) wird teils von ihnen selbst verbraucht, teils aber auch an Dritte verkauft. Die Überwindung des Produzenten-Konsumenten-Gegensatzes läßt sich auch schon in der Automobilindustrie beobachten, wo Kunden teilweise sogar zu Konstrukteuren werden, das heißt etwa die Ausstattung oder die Farbe ihres Automobils selbst bestimmen. Die neuen Kommunikationstechnologien bieten hier große Möglichkeiten. Gleiches läßt sich für den Bereich der Architektur zeigen, wo individuelle Wünsche von Bauherren zunehmend direkt Eingang in die Planung von Gebäuden finden werden. Die neuen I&K-Technologien selbst sind ein deutliches Beispiel dafür, daß eine klare Produzenten-Konsumenten-Trennung auf Dauer keinen Bestand haben wird. User von Netzwerken wie dem Internet konsumieren nicht nur dort gespeicherte Informationen, sondern speisen auch selbst ein. Sie prosumieren. Dieses Muster wird auch Auswirkungen auf die Art der zukünftigen Arbeit haben. Der Erwerb einer Qualifikation, die dann einen Arbeitsplatz garantiert, wird zum historischen Übergangsphänomen. Wichtig ist, daß die schulische, universitäre und berufliche Ausbildung diesem Wandel Rechnung trägt.

## 6. Kostenwahrheit

Nachhaltigkeit erfordert Kostenwahrheit. Dies hat konkrete Folgen für die Wirtschaftspolitik. Zunächst gilt es, die umweltschädigenden Subventionen deutlich abzubauen. In unserer Volkswirtschaft fließen, je nach Schätzung, 60 bis 200 Milliarden DM pro Jahr an direkt umweltschädigenden Subventionen, teils als direkte Subventionen (z.B. in Energie und Landwirtschaft), teilweise als Schattensubventionen, also durch die Nichtinrechnungstellung von externen Kosten.

Nächster Schritt auf dem Weg zur Kostenwahrheit in einer nachhaltigen Wirtschaft ist die Ökologische Steuerreform. Sie muß, wenn sie möglichst große Beschäftigungseffekte erzielen soll, zwei Anforderungen erfüllen. Erstens muß sie schrittweise und in maßvollen Schritten eingeführt werden. Zweitens muß sie aufkommensneutral sein, das heißt, in dem Maße, in dem die umweltbezogenen Steuern steigen, müssen die Steuern auf die Produktionsfaktoren Arbeit und produktives Kapital gesenkt werden. So lassen sich idealerweise drei Fliegen mit einer Klappe schlagen, nämlich Arbeit schaffen, Umwelt schützen und zu Investitionen anregen. Es ist ein Paradoxon erster Güte, daß wir einerseits darüber klagen, nicht genug Arbeit zu haben, in der Vergangen-

heit aber alles dafür getan haben, Arbeit zu verteuern. Heute werden etwa 60 Prozent des gesamten Steueraufkommens durch die Belastung des Produktionsfaktors Arbeit erzielt, etwa 40 Prozent in Form von Sozialabgaben und 20 Prozent in Form der Lohn- und Einkommensteuer. Nur etwa 10 Prozent des Steueraufkommens werden durch umwelt- und ressourcenbezogene Steuern erzielt. Dieses Verhältnis muß in der Tendenz umgekehrt werden. Das, was wir eigentlich wollen, Arbeit und unternehmerische Tätigkeit, muß steuerlich begünstigt werden, das, was wir eigentlich nicht wollen, nämlich Ressourcenverbrauch, muß erheblich verteuert werden.

## **7. Naturverträgliche Landnutzung**

Die Probleme, die mit der heutigen Art unserer Landwirtschaft einhergehen, reichen von der Belastung der Gewässer mit Pestiziden und Nährstoffen, der Bodenerosion und der Verminderung der Bodenfruchtbarkeit über die Ausräumung der Landschaft bis hin zur ethisch fragwürdigen Massentierhaltung. Alternativen zur Agroindustrie zeichnen sich ab. So erlebt der biologische Landbau, allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau, seit etwa 10 Jahren einen fulminanten Aufschwung. Dabei ist das Verhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher durchaus zwiespältig. Einerseits wollen sie billige Nahrungsmittel, andererseits klagen sie die Bauern als Naturzerstörer und Tierquälter an, die obendrein für Ärgernisse wie BSE, Schweinepest und Hormone verantwortlich sind.

Der Wandel hin zur Qualitätsorientierung, zum ökologischen Landbau, ist ohne ein verändertes Verbraucherverhalten nicht erreichbar. Das gestiegene Gesundheitsbewußtsein der Bevölkerung könnte der entscheidende Schlüssel für die Ökologisierung des Landbaus sein. Dabei ist zu betonen, daß die Produkte des biologischen Landbaus arbeitsintensiver hergestellt werden, deshalb teurer sind, aber eben auch besser. Als herausragender positiver externer Effekt ist vor allem die verringerte Verschmutzung der Umwelt (vor allem des Grundwassers) zu nennen.

Durch die Umstrukturierung der Landwirtschaft können wieder neue Beschäftigungsmöglichkeiten im primären Sektor entstehen, allerdings werden diese zum Teil wohl nicht so hoch bezahlt sein wie dies heute in vielen Bereichen unserer Volkswirtschaft der Fall ist. Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, Ab-Hof-Vermarktung und Regionalvermarktung sind durchaus beschäftigungswirksam und bieten die Möglichkeit der Reintegration von Arbeit und Tätigkeit. Das teilweise Arbeiten in der Landwirtschaft, etwa im Rahmen von Landwirtschaftsgemeinschaften, könnte an Attraktivität gewinnen. Eine andere Möglichkeit besteht sicher in der Kombination von Landwirtschaft mit pädagogischen und therapeutischen Einrichtungen. Zu nennen sind in diesem Kontext auch neue Wohnmodelle, etwa Landwirtschaft in der Stadt, oder die Vereinbarung von High-Tech-Arbeit zu Hause und landwirtschaftlicher Tätigkeit. Das alte Ideal der Integration von Stadt und Land kann so neue Konturen erhalten.

## **8. Genügsamkeit und Genußfähigkeit**

Ein Leitbild der Nachhaltigkeitsdebatte, das durchaus umstritten ist, ist das Ideal der Genügsamkeit, von Forschern gerne auch als Suffizienzstrategie beschrieben. Der Grundgedanke dieses Leitbildes ist die Einsicht, daß materieller Wohlstand und Wohlbefinden sich jenseits eines bestimmten Einkommensniveaus entkoppeln. Das läßt sich quasi für alle Industriestaaten zeigen,

in denen dies gemessen wurde. Wenn es aber zutreffend ist, daß mehr vom Gleichen nicht notwendigerweise eine Verbesserung der Lebenssituation bedeutet, so hat das Folgen für die Wertschätzung von immateriellen Werten. Ein anderer Anknüpfungspunkt im Zusammenhang mit dem Genügsamkeitsgedanken ist der Konflikt zwischen Zeitwohlstand und Güterwohlstand. Wer stets nach mehr materiellem Besitz strebt, hat immer weniger Zeit, sich um die eigenen sozialen Bedürfnisse und diejenigen seiner nächsten Mitmenschen zu kümmern. Diese Situation wird häufig als Verarmung empfunden. Ansatzmöglichkeiten, dem entgegenzuwirken, bietet etwa der Gedanke der gemeinschaftlichen Nutzung von Gütern. Bekanntestes Beispiel ist sicher das Car-Sharing. Hier geht es um den Gedanken, daß Besitz und Nutzung eines bestimmten Gegenstandes nicht notwendig in eins fallen müssen. Wer weniger materielle Güter benötigt, unterliegt auch einem geringeren Zwang zur Erwirtschaftung von Einkommen. Dieser einfache Zusammenhang ermöglicht es, neue Gemeinschaftsformen zu erproben, die dann keineswegs als Verzicht, sondern als Gewinn erfahren werden.

### **9. Integration von Arbeit und Tätigkeit**

Die Reintegration der Lebensbereiche Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und Gemeinschaftsarbeit erfordert grundlegende Veränderungen der gegenwärtigen Arbeitspraktiken. Diese Veränderungen werden teils durch Wettbewerbsdruck erzwungen, entstehen aber teils auch aus den Bedürfnissen der Beschäftigten. Im wesentlichen lassen sich drei Diskussionslinien verfolgen, wenn man über die Verbindung von Arbeit und Tätigkeit spricht. Das ist zum ersten die Flexibilisierung der Arbeitswelt. Etwa die Bereitstellung von Teilzeitarbeit, Job-Sharing, Arbeitszeitkonten, Sabbatjahre, neue Selbständigkeit, neue Dienstleistung und der Abbau von Privilegien im Öffentlichen Dienst. Diese Modernisierung der Arbeitswelt muß als notwendige Voraussetzung dafür gelten, daß wir mindestens wieder in die Nähe einer Vollbeschäftigung gelangen. Wie bereits betont, lassen sich hierdurch die Bedürfnisse der Unternehmen nach Flexibilität einerseits und die Bedürfnisse der Arbeitnehmer nach Autonomie andererseits zu einem guten Teil miteinander versöhnen.

Der zweite Teil des Diskurses über Arbeit und Tätigkeit betrifft den Charakter der verschiedenen Sektoren in der Volkswirtschaft. Es muß davon ausgegangen werden, daß wir bereits heute in einer dreigeteilten Wirtschaft leben. In dieser Wirtschaft gibt es zum einen die hochgradig wettbewerbsorientierten und global agierenden Unternehmen, die für die Entwicklung von Hochtechnologien und das allgemeine Wohlstandsniveau eines Landes von großer Bedeutung sind. Diese Unternehmen wollen wir "global players" nennen. Zum zweiten gibt es einen großen Teil von Unternehmen, die auf lokale und regionale Märkte konzentriert sind. Sie reichen vom Handwerk über Dienstleistungen bis hin zur kleinen Industrieproduktion. Diese "local jokers" sind für die Gesamtwirtschaft von großer Bedeutung. Ein Teil von ihnen hat vor allem Zuliefererfunktionen für die global players. Ein anderer Teil agiert auf eigenen Märkten, die in keinem bedeutenden Zusammenhang mit demjenigen der global players stehen. Zum dritten gibt es das, was in der Ökonomie – wie ich finde fälschlicherweise – als informeller Sektor bezeichnet wird. Das betrifft Tätigkeiten wie Hausarbeit, Familienarbeit, Nachbarschaftshilfe, Tauschringe, aber auch gesellschaftliche Aktivitäten. Dieser dritte Sektor, in dem Eigenarbeit und Gemeinschaftsarbeit stattfindet, bildet gewissermaßen das Fundament der Gesellschaft. Hier wird soziales Kapital angehäuft; hier werden Tugenden wie

Gemeinsinn, uneigennützig Hilfe und Verantwortung geübt. Ohne einen funktionierenden dritten Sektor, vielleicht sollte ich ihn besser als Basissektor bezeichnen, kann ein Gemeinwesen nicht funktionieren. Und es läßt sich durchaus die These vertreten, daß das soziale Kapital von den global players und zu einem guten Teil auch von den local jokers eher aufgezehrt wird, während es in diesem Sektor erneuert und gestärkt wird.

Zum dritten Punkt. Die Mehrung und Erhaltung des sozialen Kapitals erfordert eben nicht nur Veränderungen in der Arbeitswelt, sondern auch flankierende Randbedingungen. Das betrifft vor allem die Honorierung von Gemeinschafts- und Familienarbeit im Steuer- und Sozialsystem sowie die Förderung der Eigenarbeit und der Gemeinschaftsarbeit im Steuersystem durch eine negative Einkommensteuer bzw. ein Bürgergeld.

## 10. Geregelt Globalisierung

Im Umweltvölkerrecht hat sich die Staatengemeinschaft mittlerweile zu verschiedenen Schritten in Richtung Nachhaltigkeit verpflichtet: in der Klimarahmenkonvention, in der Konvention zum Schutz der Ozonschicht, in der Konvention zum Schutz der biologischen Vielfalt und in anderen Vereinbarungen. Bislang stehen diese Verträge jedoch völlig unverbunden neben der ökonomischen Globalisierung mit ihrer Eigendynamik, die ökologischen Interessen teils zuwiderläuft. Die Integration von Sozial- und Umweltstandards in die Welthandelsorganisation (WTO) ist deshalb als flankierende Maßnahme zum Ausbau des Umweltvölkerrechts unerlässlich. Es geht nicht darum, die WTO zu einem neuen Instrument des – diesmal »grünen« – Protektionismus auszubauen, das Entwicklungsländern den Zugang zu unseren Märkten weiter erschwert, sondern darum, der ökonomischen Globalisierung Regeln zu setzen. Werden diese Regeln nicht gesetzt, ist damit zu rechnen, daß Umweltbelange und soziale Belange systematisch ausgeblendet bleiben.

### Fazit

Es ist sicher schwierig zu prognostizieren, wie die Arbeit in einer zukunftsfähigen oder nachhaltigen Gesellschaft konkret aussehen wird. Trotzdem sollen hier drei abschließende Thesen gewagt werden:

1. Eine nachhaltige Gesellschaft wird wissens- und arbeitsintensiver sein als die heutige. Der Besitz eines »Arbeitsplatzes«, für den man in jungen Jahren eine Qualifikation erwirbt und ihn dann zeitlebens besetzt, wird zur historischen Episode. Vielmehr werden Menschen mehrere Berufe haben, die sie parallel oder nacheinander ausüben.
2. Eine nachhaltige Gesellschaft wird sich durch eine Drei-Sektoren-Ökonomie kennzeichnen. Neben einem hochgradig wettbewerbsorientierten Teil, in dem die global players agieren, wird sich ein eher lokal und regional orientierter Teil finden (»local jokers«), der von Weltmarktschwankungen weitgehend unabhängig ist, und im dritten Sektor werden Eigenarbeit und Gemeinschaftsarbeit geleistet, die nicht zuletzt durch eine negative Einkommensteuer gestützt oder ermöglicht werden. Menschen werden zwischen diesen drei Sektoren wechseln. Idealerweise läßt sich so die Integration von Handarbeit und Kopfarbeit, von sozialer und kommerzieller Arbeit erreichen. Allerdings sind hier soziale

und geschlechtsspezifische Erwägungen erforderlich. Soziale Erwägungen, weil Menschen, die heute arbeitslos sind, nicht automatisch diejenigen sind, die morgen kreativ für Eigen- und Gemeinschaftsarbeit eingesetzt werden können. Geschlechtsspezifische Aspekte, weil es nicht sein kann, daß Männern die Domäne der Erwerbsarbeit zusteht, während Frauen wieder zunehmend auf ihre Rolle als Bildnerinnen von sozialem Kapital reduziert werden sollen. Dies sind Gemeinschaftsaufgaben, die beide Geschlechter angehen.

3. Eine nachhaltige Wirtschaft wird im Idealfall nicht zu Lasten der nachfolgenden Generationen arbeiten, nicht zu Lasten der Mitnatur und nicht zu Lasten von Menschen in anderen Teilen der Welt.



*Dr. Reinhard Loske*

#### **Kurzbiographie**

*Dr. Reinhard Loske ist Ökonom, Leiter der Studiengruppe »Zukunftsfähiges Deutschland« und Projektleiter »Klimapolitik« am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen. Vor seiner Zeit am Wuppertal Institut war er u.a. im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, im Berliner Institut für ökologische Wirtschaftsforschung und im Deutschen Bundestag tätig.*

#### **Ausgewählte Veröffentlichungen:**

*Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Basel, Berlin, Boston, 4. Auflage 1997*

*Klimapolitik. Im Spannungsfeld von Kurzzeitinteressen und Langzeiterfordernissen. Marburg, 2. Auflage 1997.*

*Greening the North. A Postindustrial Blueprint for Ecology and Equity. Zed Books, London 1997.*